

## **Antrag**

**der Abgeordneten Jörg Hamann, Dennis Gladiator, Richard Seelmaecker,  
Joachim Lenders, Karl-Heinz Warnholz (CDU) und Fraktion**

**Betr.: Hamburger Erklärung – Wohnungswirtschaft geht nur zusammen**

In der politischen Diskussion über die Notwendigkeit und richtigen Maßnahmen zum Wohnungsbau kommen insbesondere von der linken Seite des politischen (Parteien-) Spektrums immer unrealistischere Vorschläge mit Zwangsmaßnahmen gegen Eigentümer und Vermieter, wie beispielsweise Enteignung und Mietenbremse. Diese populistischen Maßnahmen sollen offensichtlich dazu dienen, die eigene Position in der politischen Diskussion zu stärken und – unabhängig von Umsetzbarkeit und Sachverhalten – Wähler mit nicht einlösbaren Wahlversprechen zu täuschen. Obendrein haben dieser Populismus und die damit einhergehende Verschärfung des politischen Klimas in jüngster Zeit schwerwiegende Folgen. Im Kontext der Diskussion werden gegen Eigentümer und Vermieter pauschal Vorwürfe erhoben und Beleidigungen geäußert. Eigentümer und Vermieter werden als habgierige Spekulanten beschrieben und mit Tieren verglichen. Zudem kommt es zu strafbaren Angriffen auf Menschen und Sachen der Immobilienwirtschaft und Wohnungsunternehmen, wie dies die jüngsten Vorfälle mit Anschlägen und Attacken in Berlin, Bremen und Leipzig oder die versuchten Anschläge in Hamburg belegen. Menschen werden angegriffen und verletzt, Häuser und Autos beschädigt und Brände gelegt, während sich die verantwortlichen Täter in der Anonymität verstecken und flüchtig sind. Da diese Zustände für einen Rechtsstaat nicht hinnehmbar sind, ist es Zeit, angemessen zu reagieren.

**Die Bürgerschaft möge beschließen:**

**Die Hamburgische Bürgerschaft erklärt,**

1. Wohnungsbau und Wohnungswirtschaft gehen nur gemeinsam.
2. Die Bürgerschaft toleriert weder Gewalt noch Straftaten gegen Menschen oder Gegenstände. Straftaten müssen aufgeklärt und die Täter bestraft werden.
3. In der Diskussion über die Wohnungsbaupolitik wird ein sachlicher Austausch auf Grundlage der Rechte und Pflichten des Grundgesetzes sowie der Gesetze verfolgt. Alle Beteiligten sind dazu aufgerufen, von populistischen Forderungen Abstand zu nehmen.